

Forschungsartikel/ Research Article

**Spuren Des 20. Jahrhunderts In den Beziehungen
zwischen Der Europäischen Union Und Der Türkei**

Eine kritische Bewertung Zusammenfassung

Murat Ercan*

(ORCID: 0000-0002-1315-9200)

Makale Gönderim Tarihi
05.04.2024

Makale Kabul Tarihi
13.05.2024

Atf Bilgisi/Reference Information

Chicago: Ercan, M., "Spuren Des 20. Jahrhunderts In den Beziehungen zwischen Der Europäischen Union Und Der Türkei Eine kritische Bewertung Zusammenfassung", *Vakanüvis-Uluslararası Tarih Arařtırmaları Dergisi*, 9/2 (Eylül 2024): 1156-1184.

APA: Ercan, M. (2024). Spuren Des 20. Jahrhunderts In den Beziehungen zwischen Der Europäischen Union Und Der Türkei Eine kritische Bewertung Zusammenfassung. *Vakanüvis-Uluslararası Tarih Arařtırmaları Dergisi*, 9 (2), 1156-1184.

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei haben im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Reihe von Veränderungen durchlaufen und waren dabei mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Diese Beziehungen begannen offiziell mit der Bewerbung der Türkei um eine Vollmitgliedschaft in die EU. Allerdings war der Prozess für die Vollmitgliedschaft langwierig und komplex, und aufgrund verschiedener Probleme konnte kein Fortschritt erzielt werden. Zu diesen Problemen gehören

* Prof. Dr., Anadolu Üniversitesi, İktisadi ve İdari Bilimler Fakültesi, Kamu Yönetimi Bölümü, Türkiye, muratercan@anadolu.edu.tr.

Prof. Dr., Anadolu University, Faculty of Economic and Administrative Sciences, Department of Public Administration, Turkey.

Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizite, das Zypernproblem und wirtschaftliche Unterschiede. Zusätzlich haben die Erweiterungspolitik und die inneren Dynamiken der EU die Beziehungen ebenfalls beeinflusst. Darüber hinaus hat die ambivalente Politik der Europäischen Union dazu geführt, dass die Beziehungen komplex und widersprüchlich geworden sind. In dieser Arbeit mit dem Titel "Spuren des 20. Jahrhunderts in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei; Eine kritische Bewertung" werden ausschließlich die Türkei-EU-Beziehungen des 20. Jahrhunderts analysiert. In der Arbeit wird die Beziehung zwischen den Parteien wie die Beziehung zwischen zwei entgegengesetzten Geschlechtern diskutiert. In diesem Zusammenhang wird die Arbeit in zwei Unterkapitel unterteilt: "Die Zeit des Kennenlernens in den Türkei-EU-Beziehungen; Entstehung der Partnerschaftsbeziehung im Rahmen politischer Auseinandersetzungen (1959-1980)" und "Die Verlobungsphase in den Türkei-EU-Beziehungen; Diplomatische Turbulenzen und Annäherungen (1980-1999)", in denen die Entwicklungen diskutiert werden. In dieser kritischen Bewertung werden unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen und gemeinsamen Ziele der EU und der Türkei untersucht, in welche Richtung die Errungenschaften der Türkei im 20. Jahrhundert tendieren.

Schlüsselwörter: EU, Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, Zollunion, Beitrittskandidatenstatus.

Avrupa Birliđi-Türkiye İlişkilerinde 20. Yüzyılın İzleri Eleştirel Bir Deđerlendirme

Öz

Avrupa Birliđi (AB) ile Türkiye arasındaki ilişkiler, 20. yüzyıl boyunca bir dizi dönüşüm geçirdi ve bu süreç boyunca çeşitli zorluklarla karşılaştı. Bu ilişkiler, Türkiye'nin AB'ye tam üyelik başvurusuyla resmen başladı. Ancak, AB'ye tam üyelik süreci uzun ve karmaşık oldu ve çeşitli sorunlar nedeniyle ilerleme sağlanamadı. Bu sorunlar arasında insan hakları ihlalleri, demokratik eksiklikler, Kıbrıs sorunu ve ekonomik farklılıklar bulunmaktadır. Ayrıca, AB'nin genişleme politikaları ve iç dinamikleri de ilişkileri etkilemiştir. Bunun yanında Avrupa Birliđi'nin ikircikli politikaları ilişkileri karmaşık ve çelişkili bir hal almasına neden olmuştur. "Avrupa Birliđi-Türkiye İlişkilerinde 20. Yüzyılın İzleri; Eleştirel Bir Deđerlendirme" başlıklı bu çalışmada, sadece 20.yüzyıl Türkiye-AB ilişkileri analiz edilmektedir. Taraflar arasındaki ilişkiler iki karşı cinsin ilişkisine benzetilerek tartışılmaktadır. Bu doğrultuda çalışma, "Türkiye-AB İlişkilerinde Söz Kesme Dönemi; Siyasi Çekişmeler Çerçevesinde Ortaklık İlişisinin Ortaya Çıkışı (1959-1980) ve Türkiye- AB İlişkilerinde Nişanlılık Dönemi; Diplomatik Çalkantılar ve Yakınlaşmalar (1980-1999)" gibi iki alt başlığa ayrılarak gelişmeler

tartışılmaktadır. Bu eleştirel değerlendirme, AB ve Türkiye'nin karşılıklı çıkarları ve ortak hedefleri göz önünde bulundurarak, 20.yüzyılda Türkiye'nin kazanımlarının hangi yönde olduğu sorusunun cevabı aranmaktadır.

Anahtar Kelimeler: AB, Türkiye-AB ilişkileri, Gümrük Birliği, Adaylık Statüsü

Traces of the 20th Century in Relations between the European Union and Turkey A critical assessment

Abstract

Relations between the European Union (EU) and Turkey have undergone a series of changes over the course of the 20th century and have faced various challenges. These relations officially began with Turkey's application for full membership of the EU. However, the process for full membership was long and complex, and no progress was made due to various problems. These problems include human rights violations, democratic deficits, the Cyprus problem and economic differences. In addition, the EU's enlargement policy and internal dynamics have also affected relations. Furthermore, the ambivalent policies of the European Union have made relations complex and contradictory. In this paper entitled "Traces of the 20th Century in the Relations between the European Union and Turkey; A Critical Assessment", only Turkey-EU relations of the 20th century are analyzed. The article discusses the relationship between the parties as the relationship between two opposing genders. In this context, the article is divided into two sub-chapters: "The Acquaintance Period in Turkey-EU Relations; Emergence of the Partnership Relationship in the Context of Political Disputes (1959-1980)" and "The Engagement Period in Turkey-EU Relations; Diplomatic Turbulence and Rapprochement (1980-1999)", in which the developments are discussed. Taking into account the mutual interests and common goals of the EU and Turkey, this critical assessment examines the direction of Turkey's achievements in the 20th century.

Keywords: EU, relations between Turkey and the EU, customs union, candidate country status.

Einleitung

Seit ihrer Gründung hat die Türkei die Entwicklungen im internationalen Umfeld aufmerksam verfolgt, um das Niveau der modernen Zivilisationen zu erreichen, und war entweder aktives Mitglied westlicher internationaler Organisationen wie der UNO, der

OECD, der NATO und des Europarates oder hat versucht, es zu werden. In diesem Sinne stellte die Türkei am 31. Juli 1959, kurz nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Gemeinschaft. Der Antrag der Türkei wurde von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft lange erörtert, und als Ergebnis dieser langen Diskussion beschlossen die Mitgliedstaaten, unter Berücksichtigung der damaligen internationalen Konjunktur ein Assoziierungsverhältnis mit der Türkei herzustellen. Infolge dieses Beschlusses wurde 1963 der Vertrag von Ankara zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geschlossen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Ankara im Jahr 1964 wurden die Beziehungen zwischen den Parteien offiziell aufgenommen. Jedoch haben die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU seit ihrer Gründung einen zickzackartigen, also auf und ab verlaufenden Prozess durchlaufen. In diesem Prozess hat die EU die Türkei beschuldigt, ihre zugewiesenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten nicht erfüllt zu haben.

In den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU hat nicht immer ein kalter Wind geweht. Von Zeit zu Zeit wehte auch ein warmer Wind in den Beziehungen. Zum Beispiel wurde im Jahr 1996 die Zollunion zwischen den Parteien eingeführt, und die Europäische Union erklärte die Türkei auf dem Gipfel von Helsinki 1999 zum Beitrittskandidaten und betonte, dass die Türkei in einer gleichberechtigten Position zu anderen Beitrittskandidaten stehen werde. Daraufhin hat die Europäische Union am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eingeleitet. Daher wehten zwischen 1999 und 2006 Frühlingswinde in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU. Jedoch die Frühlingsatmosphäre in den Beziehungen hielt nicht an, und der der Europäische Rat begann, die Beziehungen zu belasten, indem er behauptete, dass die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll des Ankara-Abkommens nicht erfüllt habe. Darüber hinaus blockierte die Südypernische Verwaltung sechs Verhandlungskapitel, mit der Begründung, dass die Türkei ihre Flug- und Seehäfen nicht öffnete, was dazu führte, dass die Beziehungen angespannt wurden. Die angespannten Beziehungen erreichten insbesondere nach 2010 einen Bruchpunkt, als die Europäische Union vor allem nach den Gezi-Park-Ereignissen und dem Putschversuch am

15. Juli gegen die Türkei Position bezog und sie scharf kritisierte. Die Beziehungen zwischen den Parteien blieben bis zum Jahr 2021 steif und distanziert. Ab dem Jahr 2021 handelten die Parteien im Rahmen der Abhängigkeitstheorie und begannen, Wege zur Wiederbelebung der Beziehungen zu suchen. Diese Bemühungen setzten sich in den Jahren 2022 und 2023 fort, als die Parteien begannen, ihre harten Äußerungen zu mildern.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind komplex und haben im Laufe des 20. Jahrhunderts viele wichtige Stationen durchlaufen. Diese Beziehungen umfassen Zusammenarbeits- und Partnerschaftsmöglichkeiten sowie Konflikte und Meinungsverschiedenheiten. In dieser Studie werden ausschließlich die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU im 20. Jahrhundert untersucht, wobei diese Beziehungen metaphorisch als eine Art gegengeschlechtliche Beziehung betrachtet werden. In diesem Zusammenhang werden die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU in zwei separate Phasen unterteilt, nämlich die "Abschneidephase" und die "Verlobungsphase", und innerhalb jeder Phase werden politische Auseinandersetzungen, diplomatische Schwankungen und Annäherungen untersucht. Diese kritische Bewertung zielt darauf ab, die Beziehungen zu vertiefen, indem die Frage gestellt wird, was die Türkei im 20. Jahrhundert vor dem Hintergrund der gemeinsamen Interessen und Ziele der EU und der Türkei gewonnen hat.

Die Kennenlernphase der Türkisch-Europäischen Beziehungen; Entstehung der Partnerschaftsbeziehungen im Rahmen politischer Auseinandersetzungen

Wenn wir die Gründungsphilosophie der Europäischen Union betrachten, die heute als das Projekt des Jahrhunderts bezeichnet wird, können wir sagen, dass die Europäische Union ein christlicher Club ist, der auf christlichen Werten basiert. Denn viele Denker wie der italienische Dichter Dante, Pierre Dubois, William Penn, Abbe de Saint Pierre, Jean Jacques Rousseau, Immanuel Kant und Victor Hugo, die als die Väter der Idee der Europäischen Union bekannt sind¹, vertraten die

¹ Murat Murat, *Avrupa Birliği ve Türkiye ile İlişkileri, İlişkilerin Tarihi, Sorunları, Kurguları, Senaryoları ve Geleceği*, Efe akademi Yay., İstanbul, 2018, s. 66.

Idee einer Identität auf der Grundlage der christlichen Brüderlichkeit in Europa² und die Idee, im Rahmen dieser Identität einen vereinten Staat in Europa zu schaffen. Diese Ideen dauerten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs an, nach dem Krieg brachten Politiker die Bildung eines Bündnisses mit europäischen Staaten ins Gespräch, die sich auf gemeinsame Werte geeinigt hatten, um den Krieg in Europa zu beenden. In diesem Sinne gründeten die europäischen Länder 1951 die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), 1957 die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und 1993 die Europäische Union (EU).

Wenn man die Beziehungen der europäischen Länder zu den Türken betrachtet, so haben die europäischen Länder in der Vergangenheit große Kämpfe mit den Türken ausgefochten und immer den Atem der Türken im Nacken gespürt. Bereits mit dem Aufkommen und der Ausbreitung des Islam hatten europäische Länder Muslime marginalisiert. Mit der Ausweitung der Grenzen des Islam durch die Türken entstand in europäischen Ländern Angst und Hass gegenüber Türken. Der Schwächung des Osmanischen Reiches hat den Hass und die Feindschaft gegenüber den Türken in den europäischen Ländern weiter angeheizt und diese Feindschaft in Rache verwandelt. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass europäische Länder den Hass und die Feindschaft gegenüber den Türken innerhalb ihrer Grenzen eingefroren haben, wenn es um ihre eigenen Interessen ging, und sie haben diesen Hass und Feindschaft erneut aktiviert, wenn ihre Interessen nicht mit denen der Türken übereinstimmten. Die Europäische Union hat ihre Beziehungen zu Türkei seit 1959 bis heute mit ähnlichen Politiken fortgeführt.

Türkei hat unter der Regierung des damaligen Premierministers Adnan Menderes einen Beitrittsantrag an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gestellt. Den Vertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnete İsmet İnönü, der während des Befreiungskrieges als Kommandant der Westfront gekämpft und bei den Verhandlungen von Lausanne für nationale Souveränität gekämpft hatte. Damals haben die Menderes und İnönü Regierungen hielten es

² İbrahim Serhat Canbolat, *Ulus-üstü Sistem ve Avrupa Birliği*, Alfa Yayınları, İstanbul, 1998, s. 71.

nicht für nötig, die Bedeutung der Organisation, der sie beitreten wollten, oder die Bedeutung des Vertrags, den sie unterzeichneten, zu untersuchen. Nachdem das Abkommen unterzeichnet und in Kraft getreten ist, hat die Türkei folgende Begründung vorgebracht: „*Die Türkei gehört zur westlichen Welt, und die Türkei sollte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten, egal unter welchen Umständen*“³. Mit diesen Überlegungen trat der zwischen der Türkei und der EWG geschlossene Abkommen von Ankara im Jahr 1964 in Kraft. Damit begann die Türkei der Prozess der Tanzimat-Verwestlichung. Jedoch das Abkommen von Ankara leitete nicht nur den Prozess der assoziierten Mitgliedschaft der Türkei in der EWG ein, deren Bedeutung nicht bekannt war, sondern zeigte auch, dass die Türkei nicht Mitglied der Gemeinschaft werden konnte. Mit anderen Worten: Das Abkommen von Ankara zeigte von Anfang an, dass die Türkei nicht Mitglied der Gemeinschaft oder in der Zukunft zur EU werden konnte und dass dieser Prozess sehr langwierig sein würde. Denn am Anfang des Prozesses diskutierten die europäischen Länder über die muslimische Identität der Türkei. Sogar die damaligen italienische und französische Staatspräsidenten fürchteten sich davor, dass Produkte eines muslimischen Landes wie der Türkei auf dem europäischen Markt zirkulieren würden. Dennoch versuchten europäische Länder, trotz dieser zögerlichen Diskussionen, eine Zwischenlösung für die Türkei zu finden. Dementsprechend lautete die Zwischenlösung, die vom französischen Präsidenten De Gaulle entwickelt wurde, wie folgt; „*Die Türkei sollte weder vollständig ausgeschlossen noch aufgenommen werden*“⁴. Ziel der Zwischenformel war es, die Türkei von der Gemeinschaft abhängig zu machen, ohne dass die Türkei Mitglied der EWG werden zu lassen. Die Zwischenlösung oder das Szenario, das von der EWG oder EU zu Beginn der Beziehungen entwickelt wurde, und die anschließende Türkeistrategie, die bis heute wie gewünscht verlaufen ist, ist nicht unbemerkt geblieben.

³ Metin Aydođan, *Avrupa Birliđi'nin Neresindeyiz? Tanzimat'tan Gümrük Birliđine*, Kum saati yayınları, İstanbul, 2002, s.119.

⁴ Bayer, Yalçın, “Türkiye ne tamamen dışarı itilmeli ne de içeri alınmalıdır” *Hürriyet Gazetesi* 05.10.2004, <https://www.hurriyet.com.tr/degistirme-birligi-262487> (Erişim Tarihi: 09.02.2024).

Einerseits unternahm die Türkei mit dem Abkommen von Ankara einen wichtigen Schritt im Prozess der Verwestlichung andererseits stellte die EWG sicher, dass die Türkei auf der Seite des Westblocks stehen würde. Wir können feststellen, dass der Hauptgrund, warum die EWG in den 1960er Jahren Ankara durch die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zur Türkei auf der westlichen Achse halten wollte, der Faktor Kommunismus war, der Europa bedrohte. Denn sich der Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg im Nahen Osten, auf dem Balkan und in Europa auszubreiten begann, hat dies vor allem die westlichen, insbesondere die europäischen Länder beunruhigt. Damals haben die westlichen Länder eine Isolierungspolitik gegenüber der Türkei verfolgt und die Türkei nicht gegen die Bedrohungen durch die Sowjetunion unterstützt. Diese Politik der westeuropäischen Länder dauerte bis 1947. Insbesondere die Ausbreitung des Kommunismus auf dem Balkan und in Europa hat vor allem die europäischen Länder, insbesondere die USA, beunruhigt. Dieses Unbehagen veranlasste die westlichen Länder, ihre Politik gegenüber der Türkei zu ändern. Dementsprechend nahmen die westlichen Länder die Türkei in den Geltungsbereich der Truman-Doktrin von 1947 und des Marshall-Plans von 1948 auf. Anschließend machten sie die Türkei zum Mitglied der NATO. Im Jahr 1964 akzeptierten sie den Antrag der Türkei auf Beitritt zur EWG und nahmen eine Assoziierungsbeziehung mit der Türkei auf. In den ersten Jahren des Kalten Krieges befürworteten die westlichen Länder die Mitgliedschaft der Türkei in westlichen Organisationen, um einerseits ihre eigene Sicherheit und andererseits die Sicherheit und wirtschaftliche und soziale Entwicklung des türkischen Volkes zu gewährleisten. Am Anfang 1950er Jahren knüpften die westlichen Länder gute Beziehungen zur Regierung Menderes. Sie unterstützten die Türkei und ermöglichten es ihr, mit dem Balkan- und dem Bagdad-Pakt eine aktive Außenpolitik in diesen Regionen zu betreiben. jedoch sollte die aktive Außenpolitik der Türkei nicht im Widerspruch zu den Interessen der westlichen Länder stehen.

Zwischen der Jahren 1950-1960 versuchte die Regierung Menderes, sowohl im Nahen Osten Einfluss zu gewinnen als auch die Pläne für ein vollständig unabhängiges und industrialisiertes Türkei umzusetzen. Jedoch diese Politik von Menderes stand im Widerspruch zu den Türkei-

Politiken der USA und der europäischen Länder. Denn die von diesen Ländern der Türkei zugewiesene Rolle war ganz anders. Für sie sollte die Türkei eine Kornkammer sein, außer kleinen industriellen Initiativen sollten keine anderen Politiken verfolgt werden und sie sollte eine Grenzwaiche des Westens sein.

In den Jahren 1950-1960 begann die Türkei, Fabriken zu bauen, Straßen und Häfen zu errichten, verursachten ernsthafte Unruhe bei den westlichen Ländern, da sie der Türkei wirtschaftliche und diplomatische Unabhängigkeit verschaffen würden. Darüber hinaus störte es Griechenland und die europäischen Staaten, dass die Türkei Rechtsansprüche auf die Insel Zypern geltend machte und erklärte, der wahre Eigentümer der Insel seien die Türken, die Erben des Osmanischen Reiches. In diesem Zusammenhang versuchten die USA und europäische Länder, die Türkei zu bestrafen, indem sie ihre Investitionen und wirtschaftliche Unterstützung einstellten. Daraufhin bemühte sich Menderes einerseits, die Beziehungen zum Westen aufrechtzuerhalten, andererseits, die Beziehungen zur Sowjetunion und dem Block der Neutralen zu verbessern, um das Land aus der wirtschaftlichen Krise herauszuführen. Diese Politik von Menderes störte insbesondere USA und europäische Akteure und sie unternahmen große Anstrengungen, um die Regierung Menderes zu stürzen. Infolgedessen wurde die Regierung Menderes durch den Putsch vom 27. Mai 1960 gestürzt und Menderes hingerichtet⁵. Nach dem 27. Mai wollten die EWG-Mitgliedstaaten den Entwurf der Partnerschaftsbeziehung mit der Türkei einfrieren. Nach der Hinrichtung von Menderes wurde die Regierung unter İsmet İnönü gebildet. Die İnönü-Regierung beschleunigte die Verhandlungen über das Abkommen von Ankara, das eine Partnerschaft mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorsah, und unterzeichnete das Abkommen am 12. September 1963. Einen Tag nach der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens gab İsmet İnönü eine Presseerklärung ab

⁵ Seydi, Süleyman, "Demokrat Parti'nin dış politikada alternatif arayışı (1957-1960)", *Süleyman Demirel Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Dergisi*, 2/14, (2011), s. 15.

und sagte: "Wir sind jetzt Europäer⁶" Mit großer Aufregung trat das Abkommen von Ankara am 1. Dezember 1964 in Kraft.

Das Abkommen von Ankara sah einen dreistufigen Prozess vor, bestehend aus Vorbereitungs-, Übergangs- und Schlussphase, bis die Türkei die volle Mitgliedschaft erreicht. Das Abkommen von Ankara sah im Rahmen dieser Prozesse eine schrittweise Gewährleistung der Freizügigkeit für türkische Staatsangehörige innerhalb der Gemeinschaftsgrenzen, die Umsetzung einer Zollunion zwischen den Parteien bis zum Jahr 1995 und schließlich die volle Mitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft gemäß Artikel 28 vor. Darüber hinaus sah das Abkommen Ankara die Einrichtung bestimmter Organe zur gesunden Umsetzung und Entwicklung des Partnerschaftsregimes zwischen den Parteien vor. In diesem Rahmen haben die Parteien seit 1964 den Assoziationsrat, den Assoziationsausschuss, den Gemischten Parlamentarischen Ausschuss und den Ausschuss für die Zollunion eingerichtet.

In der Tat hatte die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen von Ankara erfüllt. Jedoch hatte die EWG am Anfang des Weges beschlossen, die Türkei nicht in die Gemeinschaft aufzunehmen. Denn die europäischen Länder, die die gleichen Werte, Kultur und die gleiche Geschichte teilen, hatten sich zusammengeschlossen, um Probleme untereinander zu lösen, und die Türkei war für die Gründungsziele der Gemeinschaft nicht geeignet. Ihrer Meinung nach kam die Türkei aus dem Osten und war ein muslimisches Land. Daher könne die Türkei nicht gleichberechtigt mit ihnen in der Gemeinschaft vertreten sein. Allerdings nahmen viele Politiker aus der Türkei an den Sitzungen der Gemeinschaftsorganisationen teil. Die türkischen Vertreter waren so begeistert davon, dass sie Europäer wurden, dass sie bei den Sitzungen, an denen sie teilnahmen, Dokumente unterzeichneten, ohne zu wissen, was sie bedeuteten. Das Verhalten der türkischen Politiker hat auch die Vertreter der Gemeinschaft überrascht. Zum Beispiel wurde gemäß dem Ankara-Abkommen die Dauer der Vorbereitungsphase auf fünf Jahre festgelegt. Während dieser Zeit würden sich die Parteien gegenseitig kennenlernen und die türkische Wirtschaft auf den europäischen

⁶ Mehmet Ali Birand, *Türkiye'nin Avrupa macerası 1959-1999*. Doğan Kitap Yay., İstanbul, 2000, s. 17.

Wettbewerb vorbereiten. Außerdem hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Türkei keine Verpflichtungen auferlegt. Im Gegenteil, sie hat selbst eine Reihe von Verpflichtungen übernommen. Außerdem konnte die Türkei bei Bedarf die ihr zugewiesene Zeit verlängern. Aber die Türkei hat von der Europäischen Gemeinschaft verlangt, die Vorbereitungsphase zu beenden und den Übergangszeitraum zu beginnen, bevor sie die EWG vollständig anerkannt hatte. Denn während der Vorbereitungszeit wandte die EWG bedingte Zollsenkungen auf die türkischen Ausfuhren von Tabak, Haselnüssen, getrockneten Feigen und Weintrauben an und 175 Millionen Dollar an verschiedenen Fonds für die Türkei bereitgestellt hatte. Dies gefiel den türkischen politischen Entscheidungsträgern. Diese einfachen Zugeständnisse der EWG an die Türkei wurden von den türkischen Entscheidungsträgern als ein Signal interpretiert, dass die Türkei schnell und einfach der Gemeinschaft beitreten würde. Dementsprechend wollten die türkischen Entscheidungsträger, dass die Übergangsperiode eingeleitet wird.

Auf Wunsch der Türkei wurde am 23. November 1970 zwischen den Parteien ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, das am 1. Januar 1973 in Kraft trat. Mit dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls begann die EWG, ihren wahren Zweck zu offenbaren, und die EWG schaffte Zölle und Beschränkungen für andere Industrieprodukte als Baumwollfäden, Baumwollgewebe und Erdölprodukte ab. Im Gegenzug würde die EWG schrittweise die Steuern auf Industrieerzeugnisse abschaffen, die in die Türkei exportiert werden. Auf diese Weise würde die EWG die Zollunion mit der Türkei verwirklichen. Dafür hat sie für sensible Industrieprodukte 22 Jahre und für andere Produkte 12 Jahre festgelegt. Mit anderen Worten: Mit dem Zusatzprotokoll plante die EWG, die Zollunion mit der Türkei spätestens in 22 Jahren zu verwirklichen. In dieser Richtung machte die EWG der Türkei und dem türkischen Volk verschiedene Versprechen. Zum Beispiel sollte ab dem Jahr 1986 Freizügigkeit der türkischen Arbeitskräfte an den Grenzen Europas gewährleistet werden, die Quoten für türkische Textilerzeugnisse aufgehoben und keine Anti-Dumping-Maßnahmen ergriffen werden. Außerdem versprach die EWG, der Türkei innerhalb von 10 Jahren 3,5 Milliarden Dollar an Hilfe zukommen zu lassen. Diese Versprechen der

EWG begeisterten die türkische Delegation und sie unterzeichnete das Protokoll.

Die EWG hat der Türkei Rechte eingeräumt, die nicht ausgeübt werden können. Denn die wirtschaftliche Infrastruktur und das Niveau der Türkei waren nicht geeignet waren, um die Rechte zu nutzen, die von der EWG zur Türkei eingeräumt hatte. Mit anderen Worten: Die Türkei verfügte nicht über eine Industriestruktur, die mit der EWG gleichberechtigt konkurrieren konnte. Dafür musste die Türkei zunächst ihre Industrie modernisieren. Dafür brauchte die Türkei eine lange Zeit. Zweitens hatte die Türkei sich beider Zypern-Frage von den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft abgesondert. Sogar hatte die Türkei eine Friedensoperation durchgeführt, um die Massaker und den Völkermord an den Türken auf der Insel zu beenden und Frieden und Stabilität auf der Insel Zypern zu schaffen. Und die USA und die EG (Europäischen Gemeinschaft) zeigten scharfe Reaktionen auf die Zypern-Friedensoperation der Türkei. Anschließend verhängten sie Wirtschaftliche Embargo gegen die Türkei. Außerdem begann die arabisch-israelischen Kriege, während die Türkei Friedensoperation auf die Insel durchführte. und als Folge dieses Krieges war die Ölkrise in der Welt ausgebrochen. Die Ölkrise, die sich im Jahr 1974 ereignete, wirkte sich wirtschaftlich negativ auf die Türkei aus. Zudem war die Türkei von den späten 1960er Jahren bis zum Putsch von 1980 tiefgreifenden sozioökonomischen und politischen Krisen konfrontiert und als Folge davon ging die Stabilität im Land verloren. Infolgedessen kam es in der Türkei zum Ausbruch des ideologischen Terrorismus, der sich aus dem Links-Rechts-Konflikt ergab. Nach 1980 widmete die Türkei ihre ganze Energie dem Kampf gegen die PKK. Wenn kurz gesagt wird, dass der Militärputsch vom 27. Mai 1960, das Memorandum vom 12. März 1971 und der Putsch vom 12. September 1980 die politische und wirtschaftliche Krise in der Türkei verschärft haben. Diese Krisen wirkten sich auch auf die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG aus und führten zu angespannten Beziehungen.

Verlobungszeit der Türkei-EU Beziehungen; Diplomatische Turbulenzen und Annäherungen

Die Reaktion der Europäischen Gemeinschaft auf den Militärputsch vom 12. September war nicht streng, da die Bedeutung der Türkei

während des Kalten Krieges zugenommen hatte. Außerdem war die geopolitische Bedeutung der Türkei entscheidend. Deswegen begrüßte die Europäische Gemeinschaft den Putsch mit Toleranz, da sie ihn als entscheidend für die Wiederstabilisierung der Türkei ansah⁷. Daraufhin hat die Europäische Gemeinschaft, da eine unterstützende Haltung zum Militärputsch falsch verstanden werden könnte, beschloss ihre politischen Beziehungen mit der Türkei ausgesetzt und sah vor, die Beziehungen im Rahmen der Verwirklichung der Zollunion fortzusetzen. In der Zwischenzeit begannen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft wie Deutschland, Luxemburg und Frankreich, Visa für türkische Staatsbürger einzuführen, Damit war das rechtliche Verfahren für die Freizügigkeit de facto beendet. Somit hat die Türkei die Rechte, die ihr durch das Zusatzprotokoll gewährten wurde, nicht genutzt. Aber trotz allem erfüllte die Türkei weiterhin ihre Verpflichtungen.

Nachdem Turgut Özal die Wahlen vom 6. November 1983 gewonnen und das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, begann er eine liberale Politik zu verfolgen, was zu einer Veränderung der angespannten Beziehung zwischen der Türkei und der EG führte. Als erste Amtshandlung rief Özal den seit langem nicht mehr tagenden Assoziationsrat ein und versuchte, die Hindernisse für die Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer zu beseitigen. Özals Bemühungen führten zu Ergebnissen und der Assoziationsrat trat am 16. September 1986 zusammen, um über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu beraten. Jedoch hat der Assoziationsrat und EG am 24. November 1986 die Einführung der Freizügigkeit aufgrund des Mangels an rechtlichen Grundlagen zwischen den Parteien abgelehnt. In demselben Beschluss erklärte der Assoziationsrat, dass die Freizügigkeit nur für türkische Staatsbürger gilt, die fünf Jahre lang in der Gemeinschaft gearbeitet haben⁸. Trotz dieser negativen Entscheidung der Europäischen Kommission wollte Özal die Beziehungen zur Gemeinschaft beschleunigen. In diesem Sinne öffnete die Türkei ihre Türen zur Gemeinschaft mit einer Wirtschaftspolitik, die zwischen 1984 und 1994

⁷Gökhan Erdem, "12 Eylül Darbesi'nin Türkiye'nin Avrupa ile ilişkilerine etkileri: Avrupa Topluluğu ve Avrupa Konseyi'yle ilişkiler", *Ankara Avrupa Çalışmaları Dergisi*, 14/1, (2015), s. 44.

⁸ Haydar Çakmak, "Türkiye Avrupa Birliği ilişkileri", *Türk Yurdu Dergisi*, Sayı. 257, Cilt, 29, <https://www.turkyurdu.com.tr/yazar-yazi.php?id=2140> (Erişim Tarihi: 11.02.2024).

umgesetzt wurde. In die Zwischenzeit hat die rasche Öffnung der Türen der Türkei für die Europäische Gemeinschaft die Frage aufgeworfen, ob die Türkei der Gemeinschaft beitreten oder umgekehrt die Gemeinschaft der Türkei beitreten sollte. Im Zeitraum von 1984 bis 1994 erfüllte die Türkei im Rahmen des Zusatzprotokolls ihre zollrechtlichen Verpflichtungen gemäß dem Listen mit 12 bzw. 22 Jahren. Durch die Unterzeichnung der Zollunion im Jahr 1995 ebnete die Türkei den Weg dafür, dass Waren aus der Europäischen Gemeinschaft in der Türkei gegenüber Waren aus anderen Ländern bevorzugt behandelt wurden.

Nach diesen Entwicklungen beantragte Turgut Özal am 14. April 1987 die Vollmitgliedschaft mit der Begründung, dass die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll erfüllt habe. Aber hat Die Europäische Gemeinschaft nicht nur Özals Antrags abgelehnt, sondern auch die Mitgliedschaft der Türkei von ihrer Tagesordnung. Trotz dieser Entscheidung der Gemeinschaft konnte die Türkei keine klare Position beziehen. Kurz nach dem Antrag der Türkei kritisierte die EG Ankara aus den folgenden Gründen. Ihrer Meinung nach hat die Türkei den so genannten Völkermord an den Armeniern nicht anerkannt, und die Türkei zögert, das aktuelle Problem mit Griechenland zu lösen. Außerdem war die EG der Ansicht, dass die Türkei in einer Besatzungssituation auf Zypern war, da sie dort Truppen stationiert hatte. Neben diesen würden die Menschenrechte in der Türkei nicht geachtet⁹. Außerdem seien diese Probleme unüberwindbare Hindernisse auf dem Weg zur Mitgliedschaft. Am 20. Dezember 1989 hat die EG ihre endgültige Entscheidung getroffen und Vollmitgliedschaft Antrag der Türkei wurde abgelehnt, weil sie nach ihrer Ansicht nicht bereit war, Vollmitglied der EG zu werden. Im selben Bericht erklärte die EG, dass sie, um die Reaktion der Türkei zu minimieren, kein neues Mitglied aufnehmen könne, ohne die interne Integration der Gemeinschaft abzuschließen. Hier ist anzumerken, dass die Gemeinschaft zwar den Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft ablehnte, aber forderte, dass die Beziehungen im Rahmen der Zollunion

⁹ Murat Ercan ve Eser Gemici "Cumhuriyet'in 100. Yılında Batılılaşma Çerçevesinde Türkiye-AB İlişkilerine Eleştirel Yaklaşım: Canlanma Mı? Geçmişin Tekrarı Mı?", *Akademik Hassasiyetler Dergisi*, Cilt, 10, (2023), s. 863.

aufrechterhalten werden sollten¹⁰. Die Europäische Gemeinschaft forderte vor allem darauf, den finanziellen, industriellen, wissenschaftlichen, technologischen, politischen und kulturellen Dialog fortzusetzen. Mit dieser Entscheidung erklärte die EG höflich, dass wir mit Ihnen im Rahmen der Zollunion zusammenarbeiten wollen, nicht als Vollmitglied.

Nach dieser Entscheidung hat die Türkei ihr Vorrang auf die Mitgliedschaft in der Zollunion gelegt und die Beziehungen im Bereich der Zollunion beschleunigt. So hat die EU einerseits die Mitgliedschaft der Türkei von der Tagesordnung gestrichen, andererseits hat sie 1994 Österreich, Finnland und Schweden als Mitglieder der Union aufgenommen und andererseits die mittel- und osteuropäischen Länder als Kandidatenländer akzeptiert. Obwohl die Europäische Union deutlich gemacht hat, dass die Türkei niemals Mitglied werden wird, hat die Türkei in der Hoffnung auf eine Mitgliedschaft weiterhin Zugeständnisse an die EU gemacht. Schließlich wurde die Türkei am 1. Januar 1996 Mitglied der Zollunion. Gleichzeitig erklärte sich die Türkei bereit, ihre wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rechte an eine Organisation zu übertragen, der sie nicht angehörte, und akzeptierte, in ihrer Souveränität von einer externen Macht abhängig zu sein. Mit anderen Worten, obwohl die Türkei Mitglied der Zollunion ist¹¹; a) Sie hat sich im Voraus bereit erklärt, die Entscheidungen von EU-Organen, denen sie nicht angehört, ohne Einwände zu befolgen. b) Die Türkei hat ihre Befugnis zur Außenbeziehungen an die Union übertragen und damit die Vereinbarungen, die die Union mit Drittstaaten getroffen hat und treffen wird, akzeptiert, bevor sie Mitglied wurde. c) Mit der Mitgliedschaft in der Zollunion hat die Türkei zugestimmt, keine Handelsabkommen mit anderen Ländern ohne Wissen und Zustimmung der Union abzuschließen. d) Ab dem 1. Januar 1996 hat die Türkei im Voraus zugestimmt, allen rechtlichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, bei denen es keine türkischen Richter und Richterinnen gibt, zu folgen. Schließlich öffnete die Türkei als Mitglied der Zollunion ihren nationalen Markt für europäische Waren, die unter den damaligen

¹⁰ Murat Ercan, *Avrupa Birliği ve Türkiye ile ilişkileri, ilişkilerin tarihi, sorunları, kurguları, senaryoları ve geleceği*. Efe Akademi Yayınları, İstanbul, 2018, s.147.

¹¹ Metin Aydoğan, *Avrupa Birliği'nin Neresindeyiz? Tanzimat'tan Gümrük Birliğine*, Kum saati yayınları, İstanbul, 2002, s. 130.

Bedingungen nicht konkurrenzfähig waren, setzte die Steuern auf null und schaffte alle Fonds ab.

Das Zollunionsprotokoll, das Ankara unterzeichnet hat, war für die Türkei äußerst belastend. Sogar waren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union so überrascht, dass sie ihre Überraschung mit folgenden Worten zum Ausdruck brachten. *"Wir kaufen die Türkei sehr billig"*. Auch der französische Botschafter in Ankara, Eric Routeau hat folgende Aussage gemacht; *" Die Türkei hat ein schweres Abkommen unter schweren Bedingungen unterzeichnet. Wenn dieses Abkommen nicht revidiert werden kann, wird es für die türkische Wirtschaft eine Katastrophe sein.* Die Europäische Union wünschte sich den türkischen Markt, aber sie erhielt mehr als sie erwartet hatte¹²" Am schmerzlichsten sind die Worte des deutschen Außenministers Klaus Kimkel an den französischen Außenminister;“ Die Türkei ist für uns so, was Algerien für Sie ist¹³.“ Während europäische Diplomaten über die Türkei spotteten, feierten die türkischen Diplomaten mit Trommeln und Zurnas, als ob sie Mitglied der Union geworden wären. Doch die Freude der Türkei dauerte nicht lange. Die Europäische Union beschloss auf dem Gipfel in Luxemburg am 12. und 13. Juni 1997, dass im Jahr 1998 Verhandlungen über den Beitritt von Mittel- und Osteuropäischen Ländern wie Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen, Slowenien, Estland und Zypern aufgenommen werden sollten. Zugleich wurde im Jahr 1998 beschlossen, dass Verhandlungen über den Beitritt von Rumänien, Bulgarien, Lettland, Litauen und der Slowakei aufgenommen werden sollten. In diesem Zusammenhang hat sie beschlossen, einen Zeitplan, Verfahren und einen Mechanismus zur finanziellen Unterstützung für diese Länder festzulegen.

Die EU hat die Türkei in diese umfassende Erweiterungspolitik nicht einbezogen. Aber hatten die oben genannten Länder ihren Antrag nach der Türkei auf Mitgliedschaft in die Union gestellt. Und die Türkei wartete seit langem darauf, als Mitglied der EU aufgenommen zu

¹² Murat Ercan, Eser Gemici, a.g.m., s. 864, Metin Aydoğın, a.g.e., s. 130.

¹³ Necati Özfatura,“ Türkiye'nin AB macerası”, Türkiye Gazetesi,22.12.2002, <https://www.turkiyegazetesi.com.tr/kose-yazilari/m-necati-ozfatura/turkiyenin-ab-macerasi-161170> (Erişim Tarihi: 12.02.2024).

werden. Aber die Entscheidung des Gipfels von Luxemburg hat die Türkei tiefgreifend beeinflusst. Lediglich hat die EU auf dem Luxemburger Gipfel erklärt, dass die Türkei für die volle Mitgliedschaft geeignet sei, jedoch würden die Verhandlungen mit der Türkei aufgrund politischer und wirtschaftlicher Gründe nicht begonnen. Die Türkei hat auf die Entscheidung des Luxemburger Gipfels der EU mit scharfen Worten reagiert. Und in diesen Sinnen erklärte der damalige Ministerpräsident Mesut Yılmaz, dass die Nichtaufnahme der Türkei in den Erweiterungsumfang der EU nicht wirtschaftliche oder politische Gründe habe. Laut Mesut Yılmaz war der Hauptgrund die religiöse Diskriminierung¹⁴. Auch Bülent Ecevit, die damalige Staatssekretärin für die EU Sina Şükrü Gür und Außenminister İsmail Cem reagierten gegen die Entscheidung der EU und kritisierten die Entscheidung der EU in Bezug auf die Türkei und Zypern als lieblos und mit zweierlei Maß¹⁵. Sogar, damals hat die Türkei die EU gedroht, sich von der Zollunion zu trennen.

Nach den Luxemburger Beschlüssen scheint die Türkei ein wenig aufgewacht zu sein, und die Türkei begann, die Beziehungen zur EU vorsichtiger und skeptischer anzugehen. In dieser Zeit begann die Türkei, die Rechte der Türken auf der Ägäis und auf Zypern in Frage zu stellen, verstärkte ihren Kampf gegen die Terrororganisation -PKK und schaffte es, die PKK zu kontrollieren und aus den Regionen Ost- und Südostanatoliens zu vertreiben. In dieser Zeit begann die Türkei auch, über das Einfrieren der Beziehungen zur EU und sogar den Austritt aus der EU-Mitgliedschaft zu sprechen. Zudem konnte die Türkei der EU drohen, indem sie ankündigte, dass sie an den Gipfeltreffen in Cardiff und London, die von der EU in Zukunft organisiert werden, nicht teilnehmen würde. Diese Reaktion der Türkei dauerte bis 1999.

Am Anfang hat die EU die Reaktion der Türkei nicht besonders beachtet und änderte ihre Politik gegen die Türkei nicht. Diese Haltung behielt die EU bis zum Jahr 1999 bei. Aber es scheint, dass die EU ab

¹⁴ Milliyet, *Dinsel ayrımcılık*. 16 12. 1997, <https://www.milliyet.com.tr/dunya/yilmaz-dinsel-ayrimcilik.-5369092> (Erişim Tarihi: 13.02.2024).

¹⁵ Zeynep Güranlı, "Avrupa Sevgisiz" 16 12.1997, <https://www.hurriyet.com.tr/amp/gundem/cem-avrupa-sevgisiz-39278885> (Erişim Tarihi: 13.02.2024).

dem Jahr 1999 ihre Politik gegenüber der Türkei geändert hat. Der wichtigste Grund für diese Änderung ist erstens, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der südyprischen Seite aufgenommen hat und nicht wollte, dass dieser Prozess blockiert wird. Zweitens die Großkapitalisten, die in der Türkei Lobbyarbeit für die EU betreiben, besuchten nacheinander die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und forderten von ihnen auf, eine weichere Politik gegenüber der Türkei zu betreiben. Die EU-Lobbyisten in der Türkei haben bei ihren Besuchen für die Aufnahme der Türkei als Beitrittskandidat gefordert. Ihrer Meinung nach würde es der Union nicht schaden, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren. Weil sie Probleme wie Zypern und den sogenannten Armenier Genozid in den Händen hatten, die sie jederzeit nutzen könnten. Wenn die EU feststeckte, hatte sie die Möglichkeit, diese Probleme aus dem Kühlschrank zu nehmen und die Beziehungen zur Türkei zu belasten. In diesem Zusammenhang hat die EU im Oktober 1999' den "Neuen Erweiterungsbericht" veröffentlicht. In diesem Bericht wurde die Vergabe des Status eines Beitrittskandidaten an die Türkei vorgesehen. Schließlich wurde der von der Europäischen Kommission erstellte Bericht auf dem Gipfel von Helsinki angenommen und die Türkei wurde als Kandidatenland eingestuft.

Hier sei darauf hingewiesen, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder und der finnische Ministerpräsident Lipponen vor dem Gipfeltreffen in Helsinki einen Brief an Bülent Ecevit schickten, in dem sie erklärten, dass das Zypern- und Ägäisproblem kein Problem für die Mitgliedschaft der Türkei darstelle. Aber die Abschnitte 4 und 9 des Berichts der Europäischen Kommission akzeptierten die EU-Zugehörigkeit des Südypern als alleiniger Besitzer der Insel und wollte die Ägäisfrage und andere Probleme zwischen der Türkei und Griechenland, nach Den Haag bringen. So wurden die Zypern-, Ägäis-, Armenien- und Minderheitenproblematik im Rahmen des politischen Dialogs auf die offizielle Tagesordnung der Europäischen Union gesetzt und die Türkei aufgefordert, diese Probleme zwischen 2002 und 2004 zu lösen. Um diese Fragen zu diskutieren, lud die EU die Türkei zum Gipfel von Helsinki am 11. und 12. Dezember 1999 ein. Bülent Ecevit ist der Einladung gefolgt und nach langen Diskussionen hat die EU die Türkei als Beitrittskandidaten gekrönt. Diese Entscheidung wurde von der Türkei

und der EU mit Begeisterung aufgenommen. Während die türkische Seite schrie: "Wir sind jetzt Europäer", gab die EU-Seite Erklärungen ab, dass "wir von der Türkei mehr Zugeständnisse erhalten werden"¹⁶.

Nach dem Gipfeltreffen von Helsinki, während die Türkei sich rasch um eine Harmonisierung mit der Union bemühte, begann die EU, das politische Material zu nutzen, das ihr durch die Beschlüsse von Helsinki zur Verfügung gestellt wurde. In dieser Richtung konkretisierte die EU nach dem Gipfel von Helsinki ihre Forderungen, die zuvor nur auf der Ebene des Diskurses standen, und legte sie der Türkei vor. Während die Türkei das vorgelegte Programm umsetzte, begann die EU zu intervenieren. Die EU war besonders an den Regionen Ost- und Südostanatolien interessiert und entsandte Beamte ohne rechtliche Befugnisse in diese Gebiete, um Untersuchungen durchzuführen. Die EU, die die türkische Rechtsordnung ignorierte, hat begonnen, Diyarbakır als Zentrum zu nehmen und der Region finanzielle und soziale Unterstützung zukommen zu lassen, um die Diskussionen über kurdische Autonomie, Minderheitenrechte und lokale Regierung zu verstärken und die Menschen in der Region zu ermutigen, Maßnahmen gegen die türkische Regierung zu ergreifen. Andererseits hat die EU begonnen, Entscheidungen zu treffen, indem sie die Türkei wegen des Zypern- und des sogenannten Armenienproblems beschuldigt. Zusätzlich hat die EU, die Türkei, mit der sie eine Partnerschaftsbeziehung und die Türkei als Beitrittskandidaten erklärt hat, aus den europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken ausgeschlossen und begonnen, Druck auf die Türkei in Fragen wie dem türkischen Strafrecht, der Bildung und Veröffentlichung in der Muttersprache, der Verkleinerung des Staates und dem Kampf gegen die PKK auszuüben.

Die Europäische Union hat sechs bis sieben Monate nach dem Helsinki-Gipfel für die Türkei ein Beitritts-Partnerschaftsdokument erstellt und es am 17. Juli 2000 der Türkei übergeben. Dieses Beitritts-Partnerschaftsdokument entsprach nahezu dem Abschlussdokument des Helsinki-Gipfels. Darüber hinaus hat die EU die Themen wie Zypern,

¹⁶Hürriyet, "Avrupa: Türkiye hoş geldin", 12.12.1999, Milliyet, "Asrın buluşması: Düşümden düşüne..." 11 Aralık 1999, Sabah, "Hayırlı olsun artık Avrupalıyız! 11.12.1999. Metin Aydoğan, a.g.e., s. 160-161.

die Ägäis und Minderheitenrechte, die sie auf dem Helsinki-Gipfel als Bedingungen ausgeschlossen hat, im Beitritts-Partnerschaftsdokument zu Vorbedingungen gemacht und dies durch das Dokument formalisiert. Einige der Punkte, die die Europäische Union mit dem Beitritts-Partnerschaftsdokument von der Türkei kurz- und mittelfristig erfüllt haben möchte, sind wie folgt:

- Recht auf Radio- und Fernsehsendungen in der Muttersprache,
- Angleichung der Staatssicherheitsgerichte an internationale Standards,
- Abschaffung der Todesstrafe,
- Verfassungsmäßige Garantie des Rechts auf freie Meinungsäußerung,
- Verbesserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lage der im Osten und Südosten ansässigen Bürger,
- Fortführung der vom IWF und der Weltbank genehmigten Strukturreformprogramme,
- Fortführung der Agrarreformen und Angleichung des Anteils der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung an die EU-Standards,
- Die Privatisierung sollte beschleunigt und mit den EU-Standards harmonisiert werden,
- Aufhebung der Beschränkungen für ausländische Investoren,
- Harmonisierung des nationalen Steuersystems mit dem EU-Steuersystem¹⁷.

Diese Angelegenheiten waren einige derjenigen, die die EU von der Türkei im Rahmen des Beitrittspartnerschaftsdokuments gefordert hat. Abgesehen von diesen Angelegenheiten hat die EU von der Türkei Veränderungen in vielen Bereichen von der staatlichen Verwaltungsstruktur bis zur nationalen Identität gefordert. Sie hat diese Angelegenheiten nicht nur inoffiziell gefordert, sondern auch durch die Beschlüsse des Helsinki-Gipfels und das Beitrittspartnerschaftsdokument offiziell gemacht. Auf dem Gipfeltreffen von Helsinki am 10. und 11. Dezember 1999 wurde die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten erklärt, und gleichzeitig gab die EU die Botschaft aus, dass die nächste Zeit sehr hart sein würde. In

¹⁷ Metin Aydoğan, *a.g.e.*, s.187-188.

diesem Zusammenhang hielt Günter Verheugen zwanzig Tage nach dem Gipfel von Helsinki die folgende Rede vor seinem Publikum. In seiner Rede erklärte Verheugen, dass es keinen Grund zur Sorge gebe, da für die Türkei keine Garantie für eine Vollmitgliedschaft gegeben worden sei¹⁸. Verheugens Äußerungen zeigten, dass sich die Türkei um eine EU-Mitgliedschaft bemühen sollte und dass dieser Prozess schwierig sein würde. Gleichzeitig wurde betont, dass die Türkei die notwendigen Kriterien für eine Vollmitgliedschaft erfüllen müsse und dass dieser Prozess Zeit brauche. Nach diesen Aussagen wurde deutlich, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU im 21. Jahrhundert eine schwierige Phase durchlaufen würden.

Schlussfolgerung

Wenn man die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU im 20. Jahrhundert im Rahmen der Beziehungen zwischen den Geschlechtern analysiert, stellt man fest, dass die Parteien mit Artikel 28 des Assoziierungsabkommens, das im Jahr 1963 unterzeichnet und im Jahr 1964 in Kraft getreten ist, einen Dialog aufgenommen. Während dieses Prozesses haben die Parteien die Gelegenheit gehabt, einander kennenzulernen. Insbesondere hat die EU in diesem Prozess die Türkei zu keinerlei Verpflichtungen verpflichtet. Im Gegenteil, die EU hat sich selbst verpflichtet. In diesem Sinne hat die EU der Türkei uneigennützig finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung geleistet, um die Türkei auf die Standards der Union zu bringen. Diese von der EU geleisteten Hilfen wurden von der Türkei positiv aufgenommen und ließen die Türkei glauben, dass die Beziehungen so einfach sein würden. In diesem Sinne forderte die Türkei eine weitere Vertiefung der Beziehungen, und in diesem Sinne wurde das Zusatzprotokoll zwischen den Parteien unterzeichnet, das die Vorbereitungsphase beendete und die Übergangszeit einleitete. Mit dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls gingen die Parteien gleiche Verpflichtungen ein. Im Rahmen des Zusatzprotokolls begann die EU, einige Forderungen an die Türkei zu stellen. Allerdings waren die Forderungen der EU an die Türkei nicht auf eine Mitgliedschaft in der Union ausgerichtet, sondern auf die Schaffung einer Zollunion zwischen den Parteien. Denn die EU hatte als

¹⁸ Erol Manisalı, *Avrupa Çıkması*, Otopsi Yayınları, İstanbul, s. 166.

endgültiges Ziel des Übergangszeitraums die Zollunion festgelegt. Türkei hingegen versuchte, die Forderungen der EU unter Zwang zu erfüllen, in dem Glauben, dass sie der Union beitreten würde. Denn während der Übergangsphase befand sich die Türkei sowohl intern als auch international in politischen Turbulenzen. Die Zypern-Friedensoperation, die internationale Energiekrise und der Militärputsch vom 12. September haben sowohl in der Türkei als auch international zu politischen und wirtschaftlichen Krisen geführt. Diese Probleme haben einerseits die Türkei tiefgreifend beeinflusst, andererseits haben sie auch die Beziehungen zur EU beeinflusst. Zudem haben sich die Probleme mit dem Beitritt Griechenlands zur Union im Jahr 1981 aufgrund dieser Krisen vertieft. Denn einerseits beurteilte die EU die Türkei nach Demokratie, Menschenrechten und Minderheitenrechten, andererseits stellte Griechenland die Zypern- und Ägäisfrage vor Türkei. Insbesondere hat die EU begonnen, Druck auf die Türkei auszuüben, indem sie die Mitgliedschaftskarte Griechenlands in der Union nutzt. In diesem Sinne hat die EU von der Türkei gefordert, ihre Probleme mit Griechenland einseitig auf dem diplomatischen Weg zu lösen. Tatsächlich hat die EU indirekt von der Türkei verlangt, die Insel Zypern zu verlassen. Aber war es eine rote Linie für die Türkei und es war nicht möglich, dies zu akzeptieren. Die EU begann jedoch, der Türkei zu drohen, indem sie die Mitgliedschaft Griechenlands ausnutzte, um das 1964 gegenüber der Türkei gegebene Versprechen nicht zu erfüllen. In dieser Zeit stellte die EU sowohl die der Türkei versprochene Finanzhilfe ein als auch die Beziehungen aus.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 gab es einen Machtwechsel in der Türkei, und die Ära von Turgut Özal begann. Mit der Regierung Özal kehrte die Türkei zu einer liberalen Politik zurück und begann, ihre Beziehungen zur EU zu verbessern. In diesem Sinne hat Özal im Jahr 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU gestellt. Die EU hat jedoch die Bewerbung der Türkei unter Verweis auf ihre Erweiterungspolitik abgelehnt. Außerdem berichtete die EU, dass die Türkei Probleme mit der Demokratie, den Menschenrechten und den Minderheitenrechten hat und dass die Türkei ihre Probleme mit Griechenland nicht gelöst hat. Die EU lehnte zwar den Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft ab, verlangte jedoch, dass die Türkei dringend die Beziehungen im Bereich der Zollunion ausbaut und die Zollunion

verwirklicht. Trotz dieser negativen Entwicklung kam die Türkei den Forderungen der EU nach, unterzeichnete am 12. Dezember 1995 das Abkommen über die Zollunion und setzte es am 1. Januar 1996 in Kraft. Mit der Verwirklichung der Zollunion entstand in Ankara die Vorstellung, dass die Türkei bald Mitglied der Union werden würde.

Aber im weiteren Verlauf wurden die Erwartungen der Türkei nicht erfüllt und die EU hat die Türkei nicht unter den Kandidaten beim Gipfel in Luxemburg aufgeführt. Nach dieser Entwicklung begann die Türkei, gegenüber der EU Kritik zu äußern. Die Reaktion der Türkei zeigt, dass die Türkei in der verbalen Phase begonnen hat, die EU neu kennenzulernen. Tatsächlich hat die EU die Reaktion der Türkei auf dem Gipfel von Luxemburg im Jahr 1997 nicht ernst genommen. Der Beginn der Beitrittsverhandlungen der Südzypriotischen Verwaltung zur EU, der Beginn des Kampfes um die Unabhängigkeit des Kosovo und die Mobilisierung des globalen Kapitals in der Türkei haben die EU dazu veranlasst, ihre Politik gegenüber der Türkei zu ändern. Vor allem die globalen Investoren übten Druck auf die EU aus, um den türkischen Markt vollständig zu beherrschen. Dieser Druck führte zu Ergebnissen, und die EU nahm die Türkei am 12. Dezember 1999 in den Kreis der Beitrittskandidaten auf und erklärte, dass die Türkei die gleichen Rechte wie andere Länder haben würde. Auf diese Weise wurde die EU mit der Türkei im Rahmen des 28. Artikels des Assoziierungsabkommens verlobt. Zu Beginn des Verlobungsprozesses mit der Türkei übergab die EU der Türkei das Dokument über die Beitrittspartnerschaft, das eine Liste der vor der Hochzeit zu erledigenden Aufgaben enthält und die Botschaft enthält, dass die nächste Zeit schwierig werden würde. Aber einige Punkte in dem Beitritts-Partnerschaftsdokument, das die EU der Türkei vorgelegt hat, sind für die Türkei schwer umsetzbare Punkte. Auf diese Weise wird in den 2000er Jahren verstanden, dass die EU sich widerwillig mit der Türkei verlobt hat.

Im 20. Jahrhundert hat die EU in ihren Beziehungen zur Türkei entsprechend den Bedingungen der Zeit gehandelt und versucht, von der Position der Türkei bei der Lösung globaler Probleme zu profitieren. Deshalb scheint es, dass die Beziehungen auf Basis von Interessen aufgebaut sind. Allerdings sollten die Beziehungen nicht einseitig sein, sondern vielmehr auf den gemeinsamen Interessen beider Seiten

beruhen. Natürlich darf der Fehler der türkischen Entscheidungsträger nicht unterschätzt werden. Das liegt daran, dass sie sich beworben haben, ohne zu recherchieren, was die Union ist, der die türkischen Entscheidungsträger angehören wollen, und dass sie dann die Texte unterzeichnet haben, die am Ende der Sitzungen, an denen sie teilgenommen haben, vorbereitet wurden, ohne zu verstehen, was die EU von der Türkei will. Dies hat dazu geführt, dass sich die Beziehungen in eine komplexe Struktur verwandelt haben.

Literaturverzeichnis

Aydoğan, Metin, *Avrupa Birliği'nin Neresindeyiz? Tanzimat'tan Gümrük Birliğine*, Kum saati yayınları, İstanbul 2002.

Bayer, Yalçın, "Türkiye ne tamamen dışarı itilmeli ne de içeri alınmalıdır" *Hürriyet Gazetesi* 05.10.2004, [https://www.hurriyet.com.tr/degistirme-birliigi-262487\(Erişim](https://www.hurriyet.com.tr/degistirme-birliigi-262487(Erişim) Tarihi: 09.02.2024.

Birand, Mehmet Ali, *Türkiye'nin Avrupa macerası 1959-1999*. Doğan Kitap Yay., İstanbul, 2000.

Canbolat, İbrahim, Serhat, *Ulus-üstü Sistem ve Avrupa Birliği*, Alfa Yayınları, İstanbul, 1998.

Çakmak, Haydar, "Türkiye Avrupa Birliği ilişkileri", *Türk Yurdu Dergisi*, Sayı. 257, Cilt, 29, [https://www.turkyurdu.com.tr/yazar-yazi.php?id=2140\(Erişim](https://www.turkyurdu.com.tr/yazar-yazi.php?id=2140(Erişim) Tarihi: 11.02.2024).

Ercan, Murat, *Avrupa Birliği ve Türkiye ile ilişkileri, ilişkilerin tarihi, sorunları, kurguları, senaryoları ve geleceği*. Efe Akademi Yayınları, İstanbul, 2018.

Ercan, Murat ve Eser Gemici, "Cumhuriyet'in 100. Yılında Batılılaşma Çerçevesinde Türkiye-AB İlişkilerine Eleştirel Yaklaşım: Canlanma Mı? Geçmişin Tekrarı Mı?", *Akademik Hassasiyetler Dergisi*, Cilt, 10, 2023, ss.853-889.

Erdem, Gökhan, "12 Eylül Darbesi'nin Türkiye'nin Avrupa ile ilişkilerine etkileri: Avrupa Topluluğu ve Avrupa Konseyi'yle ilişkiler", *Ankara Avrupa Çalışmaları Dergisi*, 14/1, 2015, ss. 29-64.

Gürcanlı, Zeynep, "Avrupa Sevgisiz" 16 12.1997, <https://www.hurriyet.com.tr/amp/gundem/cem-avrupa-sevgisiz-39278885> (Erişim Tarihi: 13.02.2024).

Hürriyet, "Avrupa: Türkiye hoş geldin", 12.12.1999,

Manisalı, Erol, *Avrupa Çıkmazı*, Otopsi Yayınları, İstanbul, 2001.

Milliyet, *Dinsel ayrımcılık*. 16 12. 1997,
<https://www.milliyet.com.tr/dunya/yilmaz-dinsel> ayrımcılık.-5369092 (Erişim Tarihi: 13.02.2024).

Milliyet, "Asrın buluşması: Düğümden düğüne..." 11 Aralık 1999,
Özfatura, Necati, " Türkiye'nin AB macerası", Türkiye Gazetesi, 22.12.2002,
<https://www.tur-kiyegazetesi.com.tr/kose-yazilari/m-necati-ozfatura/turkiyenin-ab-macerasi-161170> (Erişim Tarihi: 12.02.2024).

Sabah, " Hayırlı olsun artık Avrupalıyız! 11.12.1999.

Seydi, Süleyman "Demokrat Parti'nin dış politikada alternatif arayışı (1957–1960)". Süleyman *Demirel Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü Dergisi*, 2/14, 2011, ss.1-16.

Extended Abstract

Since its foundation, Turkey has closely followed the developments in the international conjuncture with the aim of reaching the level of modern civilizations and has either been an active member of or tried to become a member of Western international organizations such as the UN, OECD, NATO and the Council of Europe. Accordingly, Turkey (EEC) applied to the Community on July 31, 1959, shortly after the establishment of the European Economic Community. Turkey's application was discussed by the member states of the Community for a long time and as a result of this long discussion, the member states decided to establish an association relationship with Turkey, taking into account the international conjuncture of the period. As a result of this decision, the Ankara Treaty was concluded between Turkey and the European Economic Community in 1963. With the entry into force of the Ankara Treaty in 1964, the relationship between the parties officially began. However, the relations between Turkey and the EU have gone through a zigzagging process since its establishment. During this process, the EU accused Turkey of not fulfilling its duties and responsibilities.

Turkey-EU relations have not always been cold winds. From time to time, warm winds blew in the relations. For instance, the Customs Union was launched in 1996, and the European Union declared Turkey a candidate country at the 1999 Helsinki Summit and stated that Turkey would be on an equal footing with other candidate countries. Subsequently, the European Union opened accession negotiations with Turkey on October 3, 2005. Therefore, between 1999 and 2006, Turkey-EU relations between Turkey and the EU had a spring in their step. However, the spring in the relations did not continue and the relations started to deteriorate as the European Council blocked 8 negotiation chapters on the grounds that Turkey did not fulfill its obligations under the Additional Protocol to the Ankara Agreement and the SCGA blocked 6 negotiation chapters on the grounds that Turkey did not open its air and sea ports. The strained relations came to a breaking point after 2010, especially after the European Union stood against Turkey during the Gezi Park events and the July 15 coup attempt and criticized Turkey harshly. Relations between the parties remained frozen and disconnected until 2021. As of 2021, the parties acted within the framework of dependency theory and started to look for ways to revitalize relations. These searches continued in 2022 and 2023, with the parties moderating their harsh rhetoric.

When 20th century Turkey-EU relations are evaluated within the framework of the relations of opposite sexes, the parties made a promise with Article 28 of the Association Agreement, which was signed in 1963 and entered into force

in 1964. In this process, the parties had the opportunity to get to know each other. In particular, the EU did not subject Turkey to any responsibility in this process. On the contrary, the EU itself assumed some responsibilities. In this respect, the EU provided Turkey with free financial and economic aid in order to bring Turkey up to the Union standards. The EU's assistance to Turkey was welcomed positively by Turkey and led Turkey to think that the relations would be so easy. With these thoughts, Turkey demanded further deepening of relations and in this direction, the Additional Protocol was signed between the parties, which ended the preparatory period and started the transition period. With the entry into force of the Additional Protocol, the parties entered into equal obligations. Within the framework of the Additional Protocol, the EU started to make some demands from Turkey. However, the EU's demands from Turkey were not for membership to the union but for the establishment of a customs union between the parties. This was because the EU had set the Customs Union as the ultimate goal of the transition period. However, Turkey tried to fulfill the EU's demands with difficulty with the idea that it would become a member of the Union.

Because during the transition period, Turkey was in political turmoil both internally and internationally. The Cyprus Peace Operation, the international energy crisis and the military coup of September 12 caused both political and economic crises in Turkey. While these problems deeply affected Turkey internally, they also affected relations with the EU. On top of these crises, the problems in relations deepened with Greece's accession to the Union in 1981. On the one hand, the EU judged Turkey on democracy, human rights and minority rights; on the other hand, Greece put the Cyprus and Aegean issues in front of Turkey. In particular, the EU started to put pressure on Turkey by using the card of Greece's membership in the Union. Accordingly, the EU demanded that Turkey unilaterally resolve its problems with Greece through diplomacy. In fact, the EU indirectly asked Turkey to abandon the island of Cyprus. But this was Turkey's red line and it was not possible for Turkey to accept it. However, the EU started to threaten Turkey by using Greece's membership in order not to fulfill the promise it made with Turkey in 1964. During this period, the EU both cut the financial aid it had promised to Turkey and suspended relations.

After the September 12, 1980 military coup, the government in Turkey changed and the Turgut Özal era began. With the Özal government, Turkey switched back to liberal policies and sought to improve relations with the EU. Accordingly, Özal applied for full membership to the EU in 1987. However, the EU rejected Turkey's application citing its enlargement policy. The EU also reported that Turkey had problems with democracy, human rights and minority rights and that Turkey had not resolved its problems with Greece. However,

while rejecting Turkey's request for full membership, the EU demanded that Turkey urgently develop relations in the Customs Union area and implement the Customs Union. Despite this negative development, Turkey accelerated the EU's demands and signed the Customs Union agreement on December 12, 1995 and put it into effect on January 1, 1996. The implementation of the Customs Union created the perception in Ankara that Turkey would soon become a member of the Union.

However, Turkey's expectations did not materialize and the EU did not include Turkey among the candidates at the Luxembourg Summit. Upon this development, Turkey started to react against the EU. Turkey's reaction shows that Turkey has just started to recognize the EU during the verbal period. In fact, the EU did not care about Turkey's reaction at the Luxembourg Summit of 1997. The start of the accession negotiations of the Greek Cypriot administration to the EU, the beginning of Kosovo's struggle for independence and the mobilization of global capitalists in Turkey led the EU to change its policy towards Turkey. In particular, the owners of global capital put pressure on the EU in order to fully dominate the Turkish market. These pressures yielded results and the EU included Turkey as a candidate country on December 12, 1999 and stated that Turkey would have equal rights with other countries. Thus, the EU became engaged to Turkey within the framework of Article 28 of the Association Agreement. As the EU started the engagement process with Turkey, it gave Turkey the Accession Partnership Document, which constituted the list of things to be taken before the wedding, and gave the message that the next period would be difficult. Some of the items on the list that the EU presented to Turkey in the Accession Partnership are difficult for Turkey to fulfill. Therefore, even though the EU granted Turkey candidate status and became engaged to Turkey, it will be understood in the 2000s that this engagement was reluctant.

In the 20th century, the EU acted according to the conditions of the time in its relations with Turkey and wanted to benefit from Turkey's position in solving global problems. Therefore, it is seen that it built relations based on its interests. However, relations should not be developed unilaterally but based on the common interests of the two contracting parties. Of course, the fault of Turkish decision-makers cannot be underestimated here. The fact that Turkish decision-makers applied to the EU without researching the union they wanted to be a member of and then signed the texts they signed without understanding what the EU wanted from Turkey caused the process to turn into a complex structure.

Therefore, the relations between the EU and Turkey have been complex throughout the 20th century, going through many important twists and turns.

These relations have included opportunities for cooperation and partnership as well as conflicts and disagreements. In this study, only Turkey-EU relations in the 20th century will be analyzed and these relations will be analyzed through the metaphor of a kind of opposite sex relationship. In this context, Turkey-EU relations will be divided into two distinct phases, namely the "Promise Breaking Period" and the "Engagement Period", and political conflicts, diplomatic fluctuations and rapprochements will be analyzed within each phase. This critical assessment aims to delve deeper into the relations by questioning what Turkey has gained in the 20th century in light of the common interests and goals of the EU and Turkey.